[48] b) Anders erschiene die Sachlage, soweit es im gesamten Bereich, in wiederkehrenden, auch größeren Abständen immer wieder Flächen geben würde, die nicht einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung unterlägen, so dass hinsichtlich dieser Flächen ein konkretes Entwicklungspotential, insbesondere für wiesenbrütende Vögel, auf deren Schutz es der Antragsgegnerin in besonderem Maße ankam, angenommen werden könnte. Dies rechtfertigte auch die Einbeziehung von diese Flächen umgebenden intensiv landwirtschaftlich bewirtschafteten Wiesen in die Hundeanleinpflcht. Denn es liegt auf der Hand, dass ein Hundeanleingebot nur dann Sinn macht, wenn sich Hunde weiträumig um schützenswerte (Entwicklungs-)Flächen herum nur angeleint bewegen können, da eine hinreichende Gefahr einer Störung insbesondere von wiesenbrütenden Vögeln durch Hunde aufgrund deren Jagdtriebs auch dann besteht, wenn diese in größeren Entfernungen frei herumlaufen. Das Vorhandensein solcher wiederkehrender Flächen im gesamten Gebiet hat die Antragsgegnerin aber nicht vorgetragen. Der Umstand, dass vereinzelt schützenswerte Flächen, insbesondere für andere als wiesenbrütende Vogelarten, bestehen, rechtfertigt, wie bereits ausgeführt, nicht die Einbeziehung der Gesamtfläche; auch insoweit könnte nur der Verordnungsgeber – und nicht der Senat – mit hinreichender Bestimmtheit und unter Ausübung seines Gestaltungsmeressen etwaige Begrenzungen festlegen.

[49] IV. Die vom Senat festgestellte Unwirksamkeit hat nicht die Ungültigkeit der Änderungsverordnung insgesamt oder sonstiger Teile der Landschaftsschutzgebietsverordnung zur Folge. Der fehlerfreie Teil der Regelung bleibt objektiv sinnvoll und ist subjektiv vom Willen des Verordnungsgebers umfasst (vgl. zur Anwendbarkeit des § 139 BGB im Rahmen

eines Bebauungsplans BVerwG, Beschl. v. 6. 4. 1993 – 4 NB 43.92, NuR 1994, 189; VGH München, Urt. v. 13. 12. 2016 – 14 N 14.2400, NuR 2017, 859 Rdnr. 93).

[50] Der sich innerhalb der Änderungsverordnung befindliche Teilbereich des Europäischen Vogelschutzgebiets, hinsichtlich dessen die Änderungsverordnung wirksam ist, ist auch bezüglich seiner Grenzziehung hinreichend bestimmt und damit abtrennbar. Die nördliche, östliche und westliche Grenze ergeben sich aus der Änderungsverordnung selbst. Die südliche Grenze ergibt sich zwischenzeitlich gemäß § 2 der Bayerischen Verordnung über die Natura 2000-Gebiete (Bayerische Natura 2000-Verordnung – BayNat2000V) vom 12. 7. 2006 (GVBl. S. 524), geändert durch Verordnung vom 19. 2. 2016 (AllMBl. S. 258) aus Detailkarten im Maßstab 1:5000, die bei der obersten Naturschutzbehörde und den Kreisverwaltungsbehörden in Papierform oder in unveränderlicher digitaler Form archivmäßig gesichert und zu jedermanns Einsicht während der Dienstzeit niedergelegt sind. Die Übersichtskarte zum Vogelschutzgebiet ist zwischenzeitlich in der Anlage 2.25 zur Bayerischen Natura 2000-Verordnung enthalten (vormals Anlage 2.25 der Vogelschutzverordnung). Im Hinblick auf diese klare Abgrenzbarkeit auch der südlichen Grenze ist die Hundeanleinzonen für den Teilbereich des Europäischen Vogelschutzgebiets, die der Senat für wirksam hält, hinreichend bestimmt.

[51] Angesichts des nur sehr untergeordneten Unterliegens der Antragsteller hält es der Senat für angemessen, der Antragsgegnerin die gesamten Verfahrenskosten nach § 154 Abs. 1 VwGO aufzuerlegen (vgl. den Rechtsgedanken des § 155 Abs. 1 Satz 3 VwGO).

...

BUCHBESPRECHUNG

<https://doi.org/10.1007/s10357-019-3467-x>

Spannowsky/Runkel/Goppel, Raumordnungsgesetz.

Kommentar, 2. Auflage 2018, Verlag C.H. Beck, München, 553 Seiten, 99,00 Euro, ISBN 978-3-406-71936-3

Die vorliegende Neuauflage des Werkes von Spannowsky/Runkel/Goppel enthält sämtliche Änderungen der Raumordnungsnovelle 2017, diese berücksichtigt u. a.

- die neustrukturierten Vorschriften über die Raumordnungsplanung in Bund und Länder,
- die Verankerung des Bundesraumordnungsplans für den Hochwasserschutz,
- die Umsetzung der Richtlinie 2014/89/EU zur Schaffung eines Rahmens für die maritime Raumplanung,
- die Einführung einer Rechtsbehelfsbelehrung,
- eine obligatorische Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung der Nachbarstaaten,
- eine Alternativenprüfung,
- die Ausdehnung der Planerhaltung und
- ein beschleunigtes Raumordnungsverfahren.

Mit mehr als der Hälfte des Werkes liegt der Schwerpunkt der Kommentierung im ersten Abschnitt (§§ 1–12). Eine zentrale Stellung nehmen hier die allgemeinen Vorschriften über Raumordnungspläne in § 7 ein. Mit dieser Vorschrift werden die Regelungen und Bestimmungen festgeschrieben, die für alle Raum-

ordnungspläne des Bundes und der Länder gelten. Im Rahmen des ROG-Änderungsgesetzes 2017 ist die Bedeutung dieser Vorschrift noch dadurch ausgeweitet worden, dass ihr Regelungsumfang deutlich erweitert wurde. Die Kommentierung von *Runkel* wertet hier die einschlägige Rechtsprechung und Literatur umfassend aus und gibt wichtige Hilfestellungen für die Praxis. Aufgrund von europarechtlichen Verfahrens- und differenzierten nationalen Planungsanforderungen ist in der Praxis das Bedürfnis erwachsen die Planerhaltung zu verbessern. Die Kommentierung von Spannowsky zu § 11 zeichnet sich hier durch eine fundierte Kenntnis der Materie aus.

Gegenüber der Voraufgabe wurde auch die Kommentierung zu der Reichweite und den Grenzen der Abweichungsbefugnis, insbesondere in Bezug auf wiederholende Landesgesetzgebung und die Bedeutung des Zitiergebots überarbeitet.

Die „Raumordnung im Bund“ ist Gegenstand des dritten Abschnitts (§§ 17–23 ROG). § 17 regelt Art und Inhalt von Bundesraumordnungsplänen und stellt das Kernstück der Raumordnungsplanung des Bundes dar. § 17 Abs. 1 ROG ist die Rechtsgrundlage für die Raumordnungspläne in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ). Die Bedeutung der Vorschrift spiegelt sich auch die umfangreiche Kommentierung von *Runkel* wider.

Der in zweiter Auflage erschienene Kommentar von Spannowsky, Runkel und Goppel berücksichtigt die Änderungen der Novelle 2017. Der Kommentar enthält insgesamt eine ausführliche und wissenschaftlich vertiefte Kommentierung des Raumordnungsgesetzes und wertet die Rechtsprechung und Literatur entsprechend aus.

Die Kommentierung berücksichtigt auch die entsprechenden Regelungen im Bauplanungsrecht, im Umweltrechtsbehelfsgesetz sowie dem UVP-Gesetz. Das Werk ist für Wissenschaftler wie für Praktiker zu empfehlen.

Ass. jur. Jochen Schumacher,
Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht Tübingen,
Tübingen, Deutschland